

Der Präsident
des Deutschen Bundesrates

Bonn, den 16. Februar 1951

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Mit Bezug auf das Schreiben vom 15. Februar 1951 beehre ich mich mitzuteilen, daß der Deutsche Bundesrat in seiner 50. Sitzung am 16. Februar 1951 mit 34 gegen 9 Stimmen beschlossen hat, gegen den vom Deutschen Bundestage am 15. Februar 1951 verabschiedeten Entwurf eines

Preisgesetzes

- Nrn. 972, zu 972, 1422, 1778, 1883 der Drucksachen -

gemäß Artikel 77 Absatz 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Der Bundesrat hat sich zu dieser Entscheidung entschlossen, weil der Bundestag den wohl abgewogenen Vorschlag des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes in keinem Punkte berücksichtigt hat.

Der Bundesrat hat mit dieser Entscheidung nicht zu der Frage Stellung genommen, ob das Preisgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedürftig sei.

Dr. Ehard